



# Sessionsbericht

Nr. 1 / Winter 2023

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger, ZH  
Marc Jost, BE

[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)  
[marc.jost@parl.ch](mailto:marc.jost@parl.ch)

079 385 35 35  
076 206 57 57

## Die 52. Legislaturperiode ist eröffnet!



Liebe Leserinnen und Leser

Wir gehen mit einem reduzierten Team in diese Legislaturperiode. Die Erinnerung an Weihnachten und die Geburt unseres Erlösers als verwundbares Kind gibt uns aber Mut. Gerade wenn ich schwach bin, bin ich stark, meinte auch Paulus. So starteten wir einerseits mit Demut, aber auch mit viel Zuversicht und Vertrauen in diese Legislatur, denn wir zählen nicht auf unsere Kräfte, sondern auf die Weisheit, Gnade und Führung von oben, damit unser Handeln erfolgreich sein darf. Wir wissen zudem, dass wir nicht allein sind und fühlen uns mit euch allen verbunden. Wir danken euch für die Unterstützung und Gebete und wünschen euch allen eine frohe Weihnachtszeit!

Herzliche Grüsse

Nik Gugger und Marc Jost

# Budget 2024: Mit Ach und Krach unter Dach und Fach

Die Diskussionen um das Budget 2024 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 haben uns drei Wochen lang intensiv beschäftigt. Die finanzielle Situation des Bundes ist angespannt und die Schuldenbremse muss eingehalten werden. Als EVP haben wir uns dafür eingesetzt, dass bei der Internationalen Zusammenarbeit nicht so stark gekürzt wird – leider mit bescheidenem Erfolg. Immerhin wurde nicht mehr als die vorgesehenen zwei Prozent gekürzt. Wir waren auch gegen die Kürzung von Mitteln für die Bundesgerichte, die wir als kontraproduktiv ansahen. Wenn z.B. dadurch die Asylverfahren beim Bundesverwaltungsgericht verzögert werden, ist damit nichts gewonnen.

## Umstrittene Gelder an die UNRWA

Einer der Punkte, die besonders kontrovers diskutiert wurden, war die Weiterführung der jährlichen Beiträge an die UNRWA (die humanitäre Hilfe der UN für Palästinaflüchtlinge). Der Bundesrat hatte 20 Millionen beantragt. Wir waren – wie der Ständerat – gegen eine Kürzung. Der Nationalrat wollte die Beiträge aber komplett streichen. Beide Räte einigten sich schliesslich darauf, die humanitären Aktionen gesamthaft um 10 Millionen zu kürzen, ohne dabei die UNRWA namentlich zu erwähnen. (Gleichzeitig war jedoch bereits vorher der Beitrag ans IKRK um 50 Millionen erhöht worden.) Warum waren wir gegen diese Kürzung? Gerade jetzt, wo die Bevölkerung in Gaza mit einer höchst prekären humanitären Situation konfrontiert ist und eine akute Hungersnot droht, sollte die humanitäre Hilfe nicht gekürzt werden. Die Vorwürfe gegen die UNRWA sind bekannt und es muss auch in Zukunft genau hingeschaut werden, dass mit den Geldern an die UNRWA weder die Hamas finanziert noch Judenhass in Schulmaterialien gesät wird.

## CO<sub>2</sub> Gesetz

### Biogas könnte dank EVP von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreit werden

Erfreulicherweise wurde Nik Guggers Motion «Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO<sub>2</sub>-Abgabe» de facto ins neue CO<sub>2</sub>-Gesetz integriert. Diese Entscheidung ist konsequent, denn Biogas ist grundsätzlich CO<sub>2</sub>-neutral. Die Abgabe auf dem Biogas reduziert den Anreiz massiv, bei der Wärmeversorgung auf Biogas umzusteigen und die CO<sub>2</sub>-Abgabe verfehlt somit ihren Zweck als Lenkungsabgabe komplett. Nun geht das Gesetz noch in den Ständerat.

### Keine Flugabgabe

Ärgerlich war aus der Sicht der EVP hingegen, dass der Nationalrat eine Abgabe für Privatjets und Businessflieger ablehnte, mit Unterstützung der SVP, FDP, GLP und Teilen der Mitte. Diese hätte zwischen 500 und 3000 Franken pro in der Schweiz abgehenden Flug betragen sollen.

## Die Natur braucht einen Anwalt

### EVP hilft, die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts zu verhindern

Mit 96 zu 94 Stimmen verhinderte die knappe Mehrheit des Nationalrats eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts. Das Verbandsbeschwerderecht ermöglicht es Umweltverbänden, als «Anwälte der Natur» zu handeln, die Natur kann nicht für sich selbst sprechen. Mittels Beschwerde können Umweltverbände von einem Gericht überprüfen lassen, ob ein Projekt die geltenden Umweltschutzgesetze einhält. Der Beschleunigungserlass, welcher die Verfahren für den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien verschlanken will, wurde von einer FDP-SVP-Minderheit als Vorwand verwendet, um dieses Verbandsbeschwerderecht einzuschränken. Die Gerichtsverfahren wurden jedoch an anderer Stelle verschlankt, indem nämlich (wie beim «Solarexpress») eine Instanz weniger angerufen werden kann.

### Zwei Stimmen entscheiden

Fakt ist, dass die Mehrheit aller Beschwerden vor Gericht erfolgreich sind und somit dazu beitragen, dass die geltenden Umweltschutzgesetze eingehalten werden. Hauptverantwortlich für die teils schleppende Umsetzung von Energieprojekten ist nicht das Verbandsbeschwerderecht, sondern die oftmals langwierigen Planungs- und Bewilligungsverfahren sowie die fehlenden Ressourcen bei den zuständigen Amtsstellen und Gerichten. Genau diese Stolpersteine werden mit der Beschleunigungsvorlage nun angegangen. Die EVP unterstützt den raschen Ausbau von erneuerbaren Energien, aber dies muss nicht auf Kosten der Natur geschehen. Die Minderheit zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts hätte die Vorlage aus dem Lot gebracht. Am Schluss haben zwei Stimmen den Unterschied gemacht, um das Recht von Umweltverbänden zu retten, der Natur eine Stimme zu geben.

## Hass und Gewalt wegen des Geschlechts muss strafbar werden

Gewalt und Hass gegen Frauen ist leider auch in der Schweiz verbreitet. Der Nationalrat hat nun mit 123 zu 65 Stimmen einem Vorstoss zugestimmt, der Diskriminierung und Aufrufe zu Hass und Gewalt gegen Frauen unter Strafe stellen will. Der Vorstoss war von Lilian Sutder sowie weiteren Vertretern anderer Fraktionen eingereicht worden. Damit soll auch die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts strafbar werden. Wir wollen als Gesellschaft unmissverständlich klar machen, dass wir Hass und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts genauso wenig tolerieren wie Gewalt aus rassistischen, antisemitischen oder homophoben Gründen. Der Vorstoss muss nun vom Zweitrat behandelt werden.

## Lockerung Kriegsmaterialgesetz: undemokratisch und unnütz

Nur zweieinhalb Jahre nachdem die Korrektur-Initiative zurückgezogen wurde, hat das Parlament das Gesetz zur Kriegsmaterialausfuhr wieder gelockert. Dieses Vorgehen finden wir undemokratisch. Zudem bietet diese Revision keine Antwort auf die Situation in der Ukraine: Die Schweiz kann auch nach dieser Revision kein Kriegsmaterial an der Ukraine liefern. Eine Mitte-Rechts-Koalition konnte sich nach dem Ständerat nun auch im Nationalrat aber leider durchsetzen.

## Gratulationen



Wir gratulieren dem neuen Bundesrat Beat Jans, dem neuen Bundeskanzler Viktor Rossi und der neuen Bundespräsidentin Viola Amherd zur Wahl!

## In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

[Interpellation 23.4517: Künstliche Intelligenz und Mitwirkung: Gibt es Lücken im Gesetz?](#)

[Interpellation 23.4516: PFAS-Belastung in Schweizer Gewässer und Fisch: kumulierte und kombinierte Effekte auf die menschliche Gesundheit berücksichtigen!](#)

[Interpellation 23.4513: Big Tech: Missbrauch von Marktmacht gegenüber KMUs und Spitälern](#)

Marc Jost

[Parlamentarische Initiative 23.484: Gesetz für internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung](#)

[Motion 23.4523: Vereinheitlichung des Teuerungsausgleichs bei Familienzulagen und AHV](#)

[Motion 23.4476: Geschlechtsumwandlung: Anwendung des Vorsorgeprinzips zum Schutz von Kindern und Jugendlichen](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)



Impressum:

Verfasser:

Nik Gugger

Marc Jost

Fotos: zVG

Versand: Geschäftsstelle  
der EVP Schweiz